

Rentendebatte

Noch kein Patent gegen Altersarmut

Vor kurzem meldete sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) mit dem Vorschlag zu Wort, langjährig Versicherten mit niedrigem Einkommen eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung zu garantieren. Ähnliches sieht auch der Rentenkompromiss der CDU vor. Das geht in die richtige Richtung – aber trotzdem an Gruppen mit hohem Risiko zur Altersarmut vorbei, meint Dr. Simone Leiber.

Die rentenpolitische Debatte verlagert derzeit ihren Schwerpunkt: von der unbedingten Stabilisierung der Beitragssätze zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) hin zur **Armutsfestigkeit der Alterssicherung**. Eine politisch positive Entwicklung. Trotzdem war in den vergangenen Wochen immer wieder zu lesen, das Phänomen der Altersarmut sei „überschätzt“. Diese Einschätzung verschiedener Ökonomen wurde in den Medien oft unkritisch wiederholt, ohne auf die wesentlichen Unterschiede zwischen der Situation der heutigen und der künftigen Rentnergeneration hinzuweisen.

Zur heutigen Einkommenssituation von Senioren stehen uns umfassende und verlässliche Daten zur Verfügung. In der Tat zeigt sich, dass die heutigen Senioren in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Armutsrisiko im Durchschnitt besser dastehen als die Gesamtbevölkerung oder andere gesellschaftliche Gruppen (z.B. Kinder oder Alleinerziehende). Allerdings verdecken die Durchschnittswerte, dass es auch innerhalb der Gruppe der Senioren eine große Spannweite gibt – bei weitem **nicht jeder Rentner ist auch vermögend**.

Relevant für die Altersarmutsdiskussion ist jedoch vor allem der Blick in die Zukunft. Hier stehen uns aussagekräftige Daten nur ausschnittsweise zur Verfügung, und Modellrechnungen sind stark von den zu Grunde gelegten Annahmen über die Wirtschafts- und Lohnentwicklung abhängig. Falsch wäre es deshalb, die Augen vor einem erhöhten Altersarmutsrisiko zu verschließen – denn **daraus erwächst schon heute Handlungsbedarf**. Gründe dafür, einen Anstieg der Altersarmut zu

erwarten, sind die bereits beschlossenen, aber erst zukünftig wirkenden Kürzungen der gesetzlichen Altersrenten, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit sowie Erwerbsbiografien, die stärker als bisher durch Jobwechsel, Teilzeitarbeit oder Niedrigverdienste gekennzeichnet sind. Altersrenten aus der GRV sind als Spiegel des Lebensarbeitseinkommens konstruiert. Daher ist das Armutsrisiko besonders hoch,

- wenn über lange Phasen unterdurchschnittlich verdient wurde, etwa durch Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung oder Niedriglöhne,
- wenn lange Zeiten ohne oder mit niedrigen Beiträgen vorliegen, beispielsweise durch späten Berufseinstieg, Arbeitslosigkeit oder Pflegezeiten.

Dass diese Phasen in den Erwerbsbiografien jüngerer Jahrgänge zugenommen haben, lässt sich bereits heute nachweisen. Besonders vom Risiko der Altersarmut betroffen sind dabei Personen, bei denen mehrere dieser Faktoren zusammenkommen, wie etwa Frauen. Diese Beschäftigten **verfügen häufig nicht über den finanziellen Spielraum**, ihre geringe gesetzliche Rente im nötigen Umfang durch private Vorsorge auszugleichen.

Es ist notwendig und richtig, dass sich die politische Diskussion und die wissenschaftliche Forschung dem Thema Altersarmut stärker zuwenden. Die rentenpolitischen Vorschläge der CDU sind deshalb als Denkanstöße sinnvoll. Sie müssen aber deutlich weiterentwickelt werden.

Ein besonderes Problem der Vorstöße ist ihr Durchschnitt auf langjährig Versicherte mit einer Versicherungszeit von mindestens 35 Jahren. Dies schließt gerade die Personengruppen von einer Aufwertung ihrer späteren Rentenansprüche aus, die stärker von Altersarmut bedroht sind. **Dazu zählen insbesondere Selbstständige mit kleinem Einkommen und Frauen**. Knapp zwei Drittel der Frauen, die 2006 in Rente gingen, erreichten diese langen Versicherungszeiten beispielsweise nicht. Sie hätten daher keinen Anspruch auf eine Förderung, obwohl Frauen in diesem Segment oft geringe eigenständige Alterseinkünfte zu erwarten haben.

Diese Defizite ließen sich mildern, wenn die Mindestversicherungsdauer verkürzt und Zeiten der Ausbildung, Arbeitslosigkeit sowie für Kindererziehung einbezogen würden. Damit könnte eine Benachteiligung von Frauen und Langzeitarbeitslosen verhindert werden. Wenn parallel dazu die GRV zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut würde, könnten auch Selbstständige wesentlich besser als heute abgesichert werden. ●



Dr. Simone Leiber, 36, ist Referatsleiterin Sozialpolitik beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Der Eisberg

Die Debatten der letzten Wochen behandelten häufig nur die Spitze des Eisbergs, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach bei der Vorstellung des DGB-Rentenkonzepts 2008:

„Und der Eisberg hat einen Namen. Es geht um Altersarmut ungeahnten Ausmaßes.“ Mit insgesamt sieben Eckpunkten will der DGB den Eisberg umschiffen. Dazu gehören unter anderem:

- ✳ **Rentenniveau wieder erhöhen, etwa durch Abschaffung des so genannten „Nachhaltigkeitsfaktors“**
- ✳ **Erwerbstätigenversicherung einführen und Selbstständige, Beamte und Politiker einbeziehen**
- ✳ **Erwerbsminderungsrente verbessern – mit geringeren Abschlägen**
- ✳ **niedrige Einkommen aufwerten: Geringe Einkommen werden bei der Berechnung der Rentenansprüche um das 1,5-Fache „hochgewertet“ – Voraussetzung: 25 Versicherungsjahre**
- ✳ **betrieblichen Altersversorgung möglichst flächendeckend über Tarifverträge ausweiten**



Im Internet

www.einblick.dgb.de
Mehr zu den Eckpunkten sowie das Rentenkonzept zum Download